Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 10.03.2022 **Drucksache** 18/**21664**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer, Barbara Becker, Alexander Flierl, Dr. Martin Huber, Dr. Petra Loibl, Klaus Steiner, Martin Wagle CSU

Drs. 18/**19574**, 18/**21507**

Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für energieintensive Unternehmen schaffen – Europäischen Industriestrompreis einführen, Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz senken und EEG-Umlage abschaffen

Der Landtag stellt fest, dass eine bezahlbare Stromversorgung zu den Grundbedürfnissen der Bevölkerung, aber auch zu den Grundvoraussetzungen der Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Unternehmen – insbesondere in energieintensiven Branchen – gehört. Die bayerische Wirtschaft steht in einem international harten Wettbewerb und die aktuellen Strompreise sowie deren voraussichtliche zukünftige Entwicklung stellen dabei einen erheblichen Standortnachteil dar. Gleichzeitig zeigen die wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie die Störanfälligkeit globaler Lieferketten, z. B. in der Halbleiterbranche und die Notwendigkeit, Produktionskapazitäten für wichtige Wirtschaftsgüter innerhalb der EU zu halten bzw. wieder verstärkt anzusiedeln. Ein global wettbewerbsfähiger Strompreis stellt hierfür einen wesentlichen Faktor dar. Eine Möglichkeit, dies für die energieintensive Industrie zu gewährleisten, ist ein europaweiter Industriestrompreis auf international wettbewerbsfähigem Niveau. Zusätzlich kann auf nationaler Ebene zur Entlastung des gesamten im internationalen Wettbewerb stehenden produzierenden Gewerbes die Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz gesenkt sowie die EEG-Umlage (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) abgeschafft werden, um dem aktuellen Trend steigender Energiekosten kurzfristig entgegenzuwirken.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich über den Bundesrat dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung auf EU-Ebene für die Einführung eines global wettbewerbsfähigen, europaweiten Industriestrompreises eintritt.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung, insbesondere über den Bundesrat, für eine Absenkung der Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz und eine Abschaffung der EEG-Umlage einzusetzen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident